

A-09-323-2 Für Frieden in Freiheit. Konsequenz europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Beschlussdatum: 06.11.2025

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 322 bis 323 einfügen:

palästinensischen Staat unmöglich zu machen. Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts und am Ziel einer gerechten, dauerhaften Friedenslösung.

Die Hamas begeht schwerste Völkerrechtsverbrechen, durch Angriffe auf israelische Zivilist*innen, Geiselnahmen, den Missbrauch von Zivilist*innen als Schutzschilde sowie durch gezielte Hinrichtungen auch von Palästinenser*innen. Das ist eindeutig zu verurteilen. Der Internationale Strafgerichtshof hat deshalb Haftbefehle gegen führende Hamas-Vertreter wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen. Die islamistische Hamas regiert als Terrorregime über die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Besonders Frauen und queere Menschen sind dort von Unterdrückung und Gewalt betroffen. Menschen, die gegen dieses Terrorregime protestieren, werden verfolgt, inhaftiert oder sogar getötet.

Auch die israelische Regierung ist für massive Verstöße gegen internationales Recht verantwortlich. Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht müssen immer handlungsleitend sein und dürfen nicht eingeschränkt werden. Israel verstößt in Gaza immer wieder gegen diese Grundsätze. Von einer demokratisch gewählten Regierung erwarten wir, dass sie sich an das Völkerrecht hält.

Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie bedingen einander. Nur auf dieser Grundlage kann ein dauerhafter und gerechter Frieden entstehen